

## Baupolitik ist auch Klimapolitik

Das Klima wird sich weiter erwärmen. Nach den Erkenntnissen der Klimaforschung ist die **Sicherung von Frei- und Grünflächen** für Städte und Ballungsräume zur **Anpassung an den Klimawandel** ebenso **unverzichtbar** wie eine umsichtige Stadtplanung. Dem wird das **Vorhaben** zum Bau von bis zu **212 Wohnungen** nicht entsprechen. Die Erfahrung mit der grün-roten Koalition hat gezeigt, dass der **Versiegelungsgrad** bei deren Projekten mit Geschosswohnungsbau **oft 80%** beträgt, **Regenwasser kann auf derart zugebauten Flächen nur noch entsprechend eingeschränkt versickern**. Die auf hohe Dichte ausgelegten grün-roten Bauabsichten in Beuel-Vilich werden die **Durchlüftung** des Plangebiets und die seiner Umgebung **absehbar verringern**.

## Haben Sie Anregungen oder Anliegen?

Sprechen Sie uns an:



Stadtverordneter und  
Fraktionsvorsitzender  
**Marcel Schmitt**  
Rathausgasse 5-7  
53111 Bonn  
Tel.: 0228-1 84 77 61



Stadtverordneter und  
stellv. Fraktionsvorsitzender  
**Johannes Schott**  
Rathausgasse 5-7  
53111 Bonn  
Tel.: 0178-4 93 20 13

**BBB** – Ihre Stimme im Stadtrat

[www.bbb-im-rat.de](http://www.bbb-im-rat.de)

V.i.S.d.P.: **BBB**-Fraktion, Altes Rathaus, Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn,  
Tel.: 0228-77 54 45, Fax: 0228-77 54 47, e-mail: [bbb.fraktion@bonn.de](mailto:bbb.fraktion@bonn.de)  
Geschäftsführer: **Ingmar Gahm**

Spenden an den Verein Bürger Bund Bonn: Sparkasse KölnBonn IBAN: DE07 3705 0198 0052 0004 37

# BBB

**Bürger Bund Bonn**  
Unabhängige Wählergemeinschaft

Fraktion im Rat der Stadt Bonn

## Wir informieren Sie:



**Die grün-rote Ratskoalition will die Fläche zwischen Siebenmorgenweg und dem Stichweg der Gerhardstraße bebauen lassen!**



### Mittlere bioklimatische Bedeutung

Es sind Grünflächen, die unmittelbar an den Siedlungsraum angrenzen und einen überdurchschnittlichen Kaltluftvolumenstrom oder Kaltluftproduktionsrate aufweisen. Für die gegenwärtige Siedlungsstruktur ergänzende klimaökologische Ausgleichsräume mit einer mittleren Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung. Die angrenzende Bebauung profitiert von den bereit gestellten Klimafunktionen, weshalb diese Ausgleichswirkung erhalten werden sollte.



### Kaltluftentstehungsgebiet

### Hauptströmungsrichtung der Flurwinde



>0,2 bis 0,3 / > 0,3 bis 0,5

> 0,5 bis 1 / >1 m/s

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Bonner Grünen und ihre Koalitionspartner von SPD und Linken haben im Stadtrat beschlossen (Drucksache 241964), auf der Fläche zwischen dem Siebenmorgenweg und der Stichstraße der Gerhardstraße eine Wohnnutzung zu entwickeln (s. links). Ausgerechnet die Bonner Grünen, die sich gerne als Klimaschützer darstellen, wollen bei dieser wichtigen Freifläche offensichtlich auf ein Klimagutachten verzichten.

Die *BBB*-Fraktion hat diesen Vorschlag aus guten Gründen abgelehnt:

- Die **Mehrheitskoalition will** die Fläche mit „idealer Dichte“ bebauen. Das bedeutet insbesondere bei den Bonner Grünen und ihren Erfüllungsgehilfen **maximaler Geschosswohnungsbau** und **minimale Anzahl von Stellplätzen**.
- Die **Klimaanalysekarte der Stadt bestätigt** die hohe Bedeutung der Freifläche für die nächtliche Kaltluftbildung (s. links). Im Falle einer Bebauung treten zwei sich verstärkende Effekte ein: Zum einen kann sich auf versiegelten Flächen nachts keine Kaltluft mehr bilden. Und zum anderen heizt sich gerade in den Sommertagen die Gebäudemasse der Neubauten stark auf. Die Folge wird ein deutlicher Anstieg der **Wärmebelastung** in der direkt angrenzenden Bestandsbebauung sein.
- Hinzu tritt, dass die beabsichtigte Bebauung in einer **Hauptströmungsrichtung von Flurwinden** liegt und damit die **Durchlüftung** der angrenzenden Wohngebiete **verschlechtern** wird.
- Des Weiteren könnte die Wohnbebauung zu **Konflikten mit unmittelbar benachbarten Gewerbebetrieben** führen, wenn diese aufgrund ihrer Ausprägung nicht zum sogenannten „nichtstörenden Gewerbe“ zählen.
- Das Gebiet ist außerdem als Bereich mit **Altablagerungen** ausgewiesen, die nicht näher beschrieben sind.
- Steigende Einwohnerzahlen lösen nicht nur einen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum aus, sondern bedingen auch **Erweiterungen der Infrastruktur**. Zusätzliche Schulen und Kindergärten **müssen am Ende alle Bonnerinnen und Bonner mit ihren Steuern bezahlen**.

Ihr

**Bürger Bund Bonn**

Fraktion im Rat der Stadt Bonn